

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unnötige Kosten für Software und Betriebssystemlizenzen vermeiden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Softwareprogramme des Landes, die aufgrund ihres Alters nur auf alten Betriebssystemen laufen, für die es keine Wartung mehr gibt, innerhalb der nächsten zwei Jahre auf neue Betriebssysteme umzustellen. Dabei ist sicherzustellen, dass diese Softwareprogramme plattform- und betriebssystem-unabhängig eingesetzt werden können.

Bei der Entwicklung oder Neuanschaffung von Softwareprogrammen muss in Zukunft vertraglich gesichert werden, dass die Programme auf neue Betriebssystemgenerationen „abgedatet“ werden, soweit sichergestellt ist, dass diese Softwareprogramme plattform- und betriebssystemunabhängig eingesetzt werden können.

Für Betriebssystemlizenzen, für die durch „Downgraden“ keine Wartung mehr besteht, sind geringere Kosten auszuhandeln oder die Umstellung auf Open-Source-Lösungen zu prüfen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2006 zu berichten.

Begründung:

Das Land Berlin hat es versäumt, bei der Entwicklung oder dem Einkauf von Software die Anpassung an neue Betriebssysteme zu planen und die Softwareprogramme entsprechend anzupassen. Die Folge: Mit viel Aufwand müssen für diese Software bei Neuanschaffungen von Computern und Lizenzen die neuen Betriebssysteme auf Windows-NT „downgegradet“ werden. In mehr als 15.000 Fällen solcher Herablizensierungen zahlt das Land Lizenzgebühren für ein Betriebssystem, für das es keinerlei Serviceleistungen mehr gibt. Die Anzahl solcher Lizenzen wird sich noch erhöhen, wenn auch für Windows-XP kein Service mehr angeboten wird.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Die Betriebssystemgenerationen haben eine Laufzeit von ca. sieben Jahren, nach denen eine Neuanpassung notwendig wird. Dem soll schon bei der Programmentwicklung bzw. dem Programmeinkauf Rechnung getragen werden.

Berlin, den 13. März 2006

Dr. Klotz Ratzmann Oesterheld Birk
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen